

Fortsetzung der Spezialdebatte über Gruppe VIII.

GR. Schmid (chr. soz.) warnt davor auf dem eingeschlagenen Wege der Tarifpolitik fortzuschreiten, da durch die fortwährenden Erhöhungen sowohl die Bevölkerung als die Unternehmungen zu Schaden kommen können. Er begrüsst es, daß für die Ausgestaltung der Werke in Ebenfurth und Zillingsdorf Vorkehrung getroffen sei, so daß in sechs Jahren zusammen mit den in Bau begriffenen Wasserkraftanlagen 36.000 Pferdekkräfte zur Verfügung stehen werden. Da dann die bestehenden Dampfzentralen nur mehr als Reserve dienen werden, müsse man streng darauf sehen, dass eine Erweiterung dieser Zentralen nicht mehr vor sich gehe. Da aus dem Budget eine genaue Uebersicht der bevorstehenden Investitionen nicht ersichtlich ist, wünscht Redner, dass den Gemeinderäten ein genaues Verzeichnis der Investitionen in die Hand gegeben werde. Bezüglich der Strassenbahnen urgiert er den Zonentarif, die Verdichtung des Verkehrs und Abbau der Ueberfüllung. Schliesslich bringt er mehrere Wünsche des vierten Bezirkes vor, besonders, dass bei der Kolschitzkygasse, da sich in derselben ein Kinderspital befindet, die früher bestandene Haltestelle wieder errichtet werde.

GR. Fränkel (Sozdem) spricht über den Ausbau der Wasserkräfte der Ybbe, das ist der Ausbau der Wasserkräfte bei Kiamberg-Gaming und der Ebbs selbst. Das Hauptstück wird in drei Stücken ausgebaut, das erste Stück ist eine Anlage mit dem Wasserschloss mit einer Länge von 4830 m, wovon 1000m in einem Stollen geführt werden, das zweite Teilstück bedingt einen Ausbau in zeitlicher Richtung, der dritte Stollenbau besteht aus zwei Stollen, die wieder zu einem vereinigt werden. In etwa zwei Jahren kann der Stollenbau fertig sein.

Redner kommt weiter auf die „WAG“ zu sprechen und weist darauf hin, dass der „Wag“ zwei ähnliche Unternehmungen die „Oweag“ in Linz und die „Weag“ in Gratz gegenüberstehen. Die „Wag“ ist bestrebt so viel Wasserkräfte zu bauen, als möglich, und sie hat auch dafür den Konsumenten, die Stadt Wien. Die anderen zwei Unternehmungen sind darauf eingerichtet, dass die Stadt Wien von ihnen Strom bezieht und da wird die Gemeinde Wien in der Lage sein, die Bezugsbedingungen festzusetzen.

Was die Ybbstaler Kohlenwerke anlangt, weist Redner darauf hin, dass diese von der Gemeinde zu einer Zeit übernommen wurden, als die Kohlenkrise auf das höchste gespannt war. Wenn nun weiter Aufschlüsse nicht gemacht werden, so wird das Werk ein kleines bleiben. Es ist daher vom Verwaltungsrat beschlossen worden, die Aufschlüsse fortzusetzen, wodurch sich die Möglichkeit ergeben wird, Kohle nach Wien zu bringen, und wenn die Aufschlüsse fortgesetzt werden, Kaloriestationen zu errichten.

Auch Bohrungen nach Kohle wurden vorgenommen bei Lanzendorf, die Kohle wurde aber erst in grösseren Tiefen gefunden. Da aber die Kohle nicht von besonderer Qualität ist, sie ist nicht besser als die Zillingdroefer Kohle, ist es die Frage, ob die Bohrungen weiter fortgesetzt werden sollen. Bei den Bohrungen ist man aber auf das Vorhandensein von Gas gestossen in einer Menge, dass der Wiener Aonsum gedeckt werden könnte. Die Bohrungen werden fortgesetzt, doch scheitern sie an der Kapitalsfrage, denn sie würden 1 bis 2 Milliarden kosten. Es wurde auch festgestellt, dass die Gas- und Oelzone auch über die Donau reicht und es wurde auch an der mährisch-slovakischen Grenze Petroleum gefunden, desgleichen bei Göding. Es wird möglich sein, dem Gemeinderat in Bälde einen Vorschlag über die Bohrungen zugehen.

2

GR. DR. Alma Motako (chrsoz) wiederholt ihren Antrag auf Gewährung von Fahrbegünstigungen an Zöglinge der städtischen Waisenhäuser zum Besuche ihrer Angehörigen und an die Erhebungsorgane der Fürsorgeinstitute. Sie ersucht auch, den Kindern der Privat-Volk- und Bürgerschulen für die Lehrausflüge Freifahrtscheine zur Verfügung zu stellen und den privaten Fürsorgeanstalten Ermässigungen der Gas- und Strompreise einzuräumen.

GR. Holaubek (christsoz.) erklärt, dass den christlichsozialen gesinneten Angestellten der städtischen Unternehmungen ihr Koalitionsrecht nicht gewahrt werde, und dass die Disziplinkommission Mitgliederfang für die sozialdemokratischen Organisationen betreibe. Die Mehrheit möge endlich ihr Versprechen auf die freie politische Betätigung aller Angestellten erfüllen. Schliesslich fordert er die Beschleunigte Behandlung der Pensionistenvorlage.

GR. Weigl (Sozdem.) sagt im Gegensatz zu GR. Vaugoin, dass die Ziffern, die im Voranschlage für soziale Fürsorge eingestellt sind, eher zu niedrig als zu hoch gegriffen seien. Es sei sonderbar, dass man auf der einen Seite die hohen Ziffern bemängle und gleichzeitig sage, dass die Strassenbahner schlecht entlohnt seien. GR. Vaugoin behauptet dass im Schema die Lohnbezüge derzeit höher sind, vergisst aber, dass diese Erhöhung erst in den letzten Wochen geschehen sei und dass auch die Bediensteten und Arbeiter der Werke sehr rasch mit ihren Forderungen nachfolgen werden. Man verfolge nur den Zweck, um gegen die verhassten Kollektivverträge anzukämpfen und unter den Bediensteten in den Werken Unzufriedenheit hervorzurufen. Wenn darauf hingewiesen wird, dass die Pensionen sehr gering sind, verweist Redner darauf, dass sich die Gemeinde bemühe, ein Pensionsstatut auszuarbeiten, das den Bediensteten Rechte zubilligt und Gnaden, wie es unter christlichsozialen Aera der Fall war. Wenn man wünsche, dass die Bediensteten besser bezahlt werden, dürfe man auch nicht gegen die Erhöhung der Tarife sprechen. Für die Einführung des Zonentarifes auf den Strassenbahnen und die Verdichtung des Verkehrs bestehen gegenwärtig nicht die unerlässlichen Voraussetzungen. Gegenüber den Beschwerden des GR. Holaubek wegen Missachtung des Koalitionsrechtes müsse abermals festgestellt werden, dass die Christlichsozialen stolz darauf sein könnten, wenn sie eine Stunde während ihrer Herrschaft das Koalitionsrecht in jener Weise respektiert hätten, wie es jetzt geschieht. Bezüglich der Methode bei den Lohnverhandlungen und der Tarifpolitik wird sich die Mehrheit von dem eingeschlagenen Wege nicht abbringen lassen, weil es sich gezeigt habe, dass wir in Wien zum Unterschied von anderen Grossstädten durch die eingehaltene Methode in der Lage waren, die Stadt und ihr Werke vor schweren Erschütterungen zu bewahren.

3  
GR. Erntner (deutschnational) spricht sich gegen die Betriebsfondsleihe von 1 Milliarde aus und sagt es wünschenswert, dass die Unternehmungen aus ihren Einnahmen einen kleinen Prozentsatz zurücklegen würden, um diese Schuld zu amortisieren und einen Betriebsfonds zu schaffen. Ferner sagt er, dass den Strassenbahnen seitens der Elektrizitätswerke der Strom zu billig überlassen werde. Die Elektrizitätswerke werden dadurch ausserordentlich belastet und die Abnehmer von Strom benachteiligt.

im Schlusswort,  
VB. Emmerling sagt, dass GR. Vaugoin ausgeführt hat, dass die Lastenseite sehr stark in die Höhe getrieben wurde und die Ertragsseite zu niedrigen Ziffern aufweise. Wenn es bei den jetzigen Verhältnissen umgekehrt gemacht worden wäre, dann hätten man vom Standpunkt des Kaufmannes den denkbar grössten Fehler begangen. Ferner habe GR. Vaugoin bemängelt, dass im Budget neben der Post für Pensionen auch eine Post für soziale Fürsorge enthalten sei. Der Auftrag hierzu ist vom Kontrollamte ausgegangen und sind hierin die Ausgaben für Krankenfürsorgebeiträge, Unfalls- und Arbeitsversicherung, Personaleinkommensteuer, Brotsauflegen und andere Wohlfahrtsauslagen enthalten. Aber kein einziger Betrag, der nicht darin enthalten sein könnte. Eben so bei den Posten allgemeine Unkosten ~~xxxxxxx~~ verschiedene Ausgaben seien nur solche Beträge enthalten, die zum Betrieb gehören. Was gesagt wurde, dass wir bei der Wahl des neuen Direktors der Leichenbestattung keine glückliche Hand hatten, so kann gesagt werden, dass bei Bezahlung der Gratieleichen das Unternehmen kein Defizit aufweisen sondern einen Ueberschuss haben würde. Das Unternehmen befindet sich bei diesem Direktor in besten Händen.

Der Referent gibt dann auf weitere von der Opposition aufgeworfene Fragen aufschluß. Die Anträge der Frau Motzko werden in den betreffenden Ausschüssen zur Verhandlung gelangen und erledigt werden. Wegen der Beschwerden des GR. Halaubek betont der Referent, es sei Auftrag gegeben, dass die Direktion der Strassenbahnen <sup>sich</sup> strenge an die Dienstordnung hält. Die Anträge des GR. Erntner glaube der Referent richtig als Vorschlag für eine neue Tarifierhöhung aufzufassen (Heiterkeit bei der Mehrheit) und werde diese Angelegenheit in den betreffenden Ausschüssen beraten werden.

Bei der Abstimmung wird auch diese Gruppe einstimmig genehmigt.

Gruppe VII, Allgemeine Verwaltung.

StR. Richter leitet sodann die Spezialdebatte über Gruppe VII ein und führt aus: GR. Kunschak hat in der Generaldebatte erklärt, daß die Gruppe VII ihre Verwaltung nur kümmerlich aufrecht erhält. Ich glaube daraus keinen Vorwurf heraushören zu sollen, sondern meine, daß eine Verwaltungsgruppe, bei der es am wenigstens zu reden gibt, die bestgeführte ist, gleichwie jene Frauen als die besten gelten, von denen man am wenigstens spricht. Ich lese daher aus der obigen Bemerkung eher ein Vertrauen heraus, als etwas anderes. Was nun die Agenden dieser Gruppe anlangt, möchte ich vor allem darauf verweisen, daß wir vom Lande Niederösterreich eine ganze Reihe von Dingen in die eigene Verwaltung übernehmen mussten, die früher vom Lande geführt wurden, so insbesondere auf dem Gebiete des Schulwesens. Wir mussten nach dem Friedensvertrage tschechische Schulen errichten, im laufenden Jahre insgesamt 13. Weiters sind wir daran gegangen zahlreiche Spezialschulen ins Leben zu rufen, es wurden zwei Taubstummenschulen errichtet, die allen Anforderungen des modernen Schulbetriebes entsprechen, Spezialschulen für Schwerhörige und Sprachkranke sind entstanden. Für diese Zwecke mussten erst Spezialkurse für Lehrkräfte abgehalten werden, da nicht genügend qualifizierte Lehrpersonen vorhanden waren, was die Errichtung dieser Spezialschulen einigermaßen verzögert hat. Heute sind aber alle in Gang. Von den vierten Bürgerschulklassen haben wir neun neue geschaffen, so daß jetzt 35 solcher Klassen bestehen und zwar 17 für Knaben und 18 für Mädchen.

In 12 vierten-Bürgerschulklassen wurde der hauswirtschaftliche Unterricht eingeführt. Wenn dies nicht auch in den unteren Klassen geschehen ist, so aus der Erwägung, daß man den Mädchen nicht eine geringere allgemeine Bildung ins Leben mitgeben wollte wie den Knaben, um sie nicht im Lebenskampfe auf eine rückwärtige Position zu stellen.

Durch die Verfassungsänderung sind dem Magistrat zahlreiche neue Agenden zugewachsen, zu welchen mit 1. Jänner bei der Trennung Wiens von Niederösterreich noch neue kommen werden. Vollständig neu sind die Agenden der Bearbeitung der Musterschutz- und Patentangelegenheiten. Der Magistrat ist die oberste Patentbehörde im Staate. Hier hat es sich zu ersten Mal ereignet, dass ein Patent enteignet wurde. Es handelte sich um die Zündhölzchenfabrik „Solo“. Die Enteignung wurde rasch durchgeführt, worauf von der Regierung eine Zuschrift kam, diese rückgängig zu machen, weil sich die Gesellschaft verpflichtet hat, bis April 1922 den Inlandsmarkt ausreichend zu beschicken und vielleicht auch später Zündhölzchen wieder zu exportieren. Die Enteignung wurde vom Magistrat nicht rückgängig gemacht und, da die Gesellschaft mittlerweile den Rekurs an das Ministerium des Inneren gerichtet hat, liegt nun dort die Entscheidung. Der Magistrat ist auch die oberste Vereinsbehörde für Wien. Im letzten Jahre ist eine fleißige Tätigkeit im Gründen von Vereinen zu verzeichnen. Es hat Tage gegeben, an denen 20 neue Vereine angemeldet wurden. Die Bildung der Geschwornen- und Schöffnenlisten brachte dem Magistrat auch neue Agenden. Viel Arbeit verursachten die auf Grund der Verträge eingereichten Optionsansuchen. Beim Magistrat sind über 116.000 Optionsansuchen gestellt worden, die vollständig vorbereitet und instruiert werden mussten. 46.000 Nachforschungen in den Volkszählungsoperaten von 1910 und zum Teil auch von 1900 waren notwendig, zahlreiche Erhebungen mussten gepflogen werden. Bis Ende September wurden 51.000 Ansuchen aufrecht erledigt, 13.000 abweislich beschieden, 64.000 liegen noch beim Ministerium des Inneren. Zu diesen Optionen kommen noch die Optionen nach dem Brünner Vertrag, über welche der Magistrat autonom entscheidet, und von denen bis jetzt über 4000 eingereicht sind. Es werden aber nicht nur Leute aus Polen ausgewiesen, sondern auch solche, deren Eltern schon seit undenklichen Zeiten in Wien ansässig sind. Dass nicht nur diese sondern auch diejenigen, bei denen diese Voraussetzungen nicht zutreffen, das Heimatsrecht erwerben wollen, kann man selbstverständlich nicht hindern und wir sind daher einem Ansturm ausgesetzt, der fast nicht zu bewältigen ist. Gegenüber einer Äusserung des Herren GR. Plaschkes will ich offiziell feststellen, dass die Polizei keine Gutachten abgibt. Gutachten werden von der Bezirksvertretung und den Bezirksämtern abgegeben, die dazu von Amts wegen berufen sind. An einer Reihe von Abweisungen ist ein Mangel der ungarischen Gesetzgebung schuld. Auf jenen Gebieten der Tschechoslowakei, die früher bei Ungarn waren, gilt noch das ungarische Gesetz, daß jeder das Heimatsrecht verliert, der seit 10 Jahren nicht in der Heimat war. Die am rechten Ufer der March ansässigen können 30 Jahre aus der Heimat fern sein ohne das Heimatsrecht zu verlieren, die Dokumente der am linken Ufer müssen jünger als 10 Jahre sein.

Ein Mangel ist es, daß wir durch die wehnsinnige Teuerung ausserstand sind, die statistische Publikation der Gemeinde Wien zu veröffentlichen. Wir können diese Werke nur im Manuskript weiterführen und sie stehen jedermann zur Verfügung, aber drucken können wir sie nicht lassen. Im Augenblicke wollen wir uns darauf be-

schränken, ein kleines statistisches Handbuch herauszugeben.

Einer der Herren Redner wollte Auskunft darüber, wie weit bei den einzelnen Verwaltungszweigen abgebaut wurde. Ich kann die beruhigende Versicherung geben, daß wir nach Möglichkeit abgebaut haben. Der Stand der Feuerwehr wurde um 2 Offiziere, 28 Löschmannschaften und 42 Verwaltungsangestellte verringert. Trotzdem können wir mit Stolz sagen, daß wir bei der Feuerwehr den Zustand, wie er vor dem Kriege war, errungen haben. Ich kann nur bei dieser Gelegenheit wieder betonen, daß das Einvernehmen zwischen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr das beste, und dass wir den Wünschen der Freiwilligen Feuerwehr nach Möglichkeit nachkommen.

Der Referent bemängelt, dass die Pfandleiher im vergangenen Jahre viermal um eine Erhöhung des Zinsfußes, der Manipulationsgebühr und Pfandscheingebühr angesucht haben, was nicht begründet erscheint, weil dadurch gerade die Aermten getroffen werden. Deshalb habe sich auch die Gemeinde dagegen gewehrt, aber das Ministerium habe merkwürdiger Weise dem Rekurs der Pfandleiher stattgegeben. Auf dem Gebiete der Kunst und Kunstpflege habe die Gemeinde nach Kräften sich bemüht, Erpreisliches zu leisten, vor allem durch eine reichere Dotierung der städt. Sammlungen. Allerdings trägt die Gemeinde bei den Kunstankäufen auf die Schwierigkeit, dass reiche Leute, wie Herr Reitzes bei den Auktionen Liebhaberpreise zahlen, welche eine öffentliche Verwaltung nicht verantworten könnte. Eine besondere Schwierigkeit bietet die Unterbringung der städtischen Sammlungen. Der Gemeinde sei es bisher nicht möglich gewesen, hierfür vom Staate entsprechende Räume zu erlangen. Der Staat hat für den Völkerbund einen herrlichen Palast in Bereitschaft, wir haben Paläste für jede Schieberration, aber für <sup>die</sup> städtischen Sammlungen ist kein Platz aufzutreiben. In kurzer Zeit wird Wien den 50. Todestag Grillparzers begehen. Wir werden eine Ausstellung veranstalten, es ist auch eine große Grillparzerfeier im Burgtheater geplant. Die Gemeinde hat eine Ausstellung für Kleinplastik und eine Medaillenkonkurrenz veranstaltet, die wiederholt werden wird, wir haben den großen Kunstvereinigungen Ehrenpreis der Stadt Wien gewidmet und manches andere, was beweist, dass wir auf dem Gebiete der Kunstpflege nach Möglichkeit unsere Pflicht erfüllen, weil wir uns sagen, daß Wien seinen Platz als alte Kulturstätte nur behaupten kann durch eine Förderung der Kunst, der Arbeit und der Kultur.

GRin. Marie Wielech (chr. soz.) beantragt, es sei der Beitrag für Theater- und Musikaufführungen für Arbeiter, Angestellte und Schüler, sowie der Beitrag für Körpersportpflege künftighin prozentuell zu bemessen. Sie regt auch an, dass am Ende des Verwaltungsjahres der Ertrag der Lastbarkeitssteuer geprüft und berechnet werde, um wieviel zu wenig für die Förderung des Körpersports und der Theater- und Musikaufführungen aufgeworfen und der Betrag nachträglich gegeben werde.

weiter bemängelt Rednerin die Verhältnisse in den städtischen Sammlungen. Gegenstände ständen in Kisten verpackt auf dem Boden. Sie beantragt, die Räume der städtischen Sammlungen, die zu Kanzleizwecken verwendet werden, freizumachen und sie für Museumszwecke zu verwenden. Redner spricht den Wunsch aus, dass es doch bald gelingen werde, für die städtischen Sammlungen ein eigenes Haus zu verschaffen.

GR. Rotter (Chrsoz) weist darauf hin, dass die Entwertung der Kasse an der in Verhandlung stehenden Verwaltungsgruppe spurlos verkehrtgegangen sei und die alten Beträge, mit Ausnahme für Feuerlöschwesen, enthalten sind. Eine neue Kasse ist die Ausgabe für goldene Hochzeit mit 550000 Kronen. Noch immer scheinen Beträge für Wehrangelegenheiten auf, wenn auch der Staat kein Heer mehr habe. Stiefmütterlich werde die Kirchenmusik behandelt, wofür nur 7000 K eingesetzt sind.

Der Redner fragt, warum die Beiträge für die Schülerbüchereien nicht erhöht und warum Theateraufführungen nur für Arbeiter und Schüler, nicht auch für unbemittelte Mittelständler veranstaltet werden. Er beklagt ferner, daß für die Erhaltung des alten Stadtbildes nichts geschehe und Monumentalwerke und Denkmäler zugrunde gehen. Ferner bittet er den amtsführenden Stadtrat der Ausgestaltung der Bibliothek und des Archivwesens Augenmerk zuzuwenden. Er führt Beschwerde, dass der Eisenbahnminister ohne Befragen der Kommission für Verkehrsanlagen die Tarife auf der Stadtbahn erhöht habe und fragt ob man nicht an die Wiedereröffnung der Stadtbahn denke, oder ob es wahr sei, dass man die Stadtbahn nicht wieder eröffnen wolle, weil man ihre Konkurrenz gegenüber der Strassenbahn fürchte. Der Redner gibt auch seinem Bedauern Ausdruck, daß die Veröffentlichungen der Gemeinde Wien, statistisches Jahrbuch, Verwaltungsbericht und Kommunalkalender teils ganz verschwunden, teils sehr mager geworden seien. Was die Heimatsrechtverleihung anbelangt, freue es Redner, dass der Ausschuss sehr rigoros vorgehe, möchte aber bitten, dass man auch bei den Optionen so verfähre.

Zum Schlusse bespricht Redner das Feuerlöschwesen und fordert dass für die freiwilligen Feuerwehren, die für die Berufsfeuerwehr eine so wichtige Ergänzung bedeutet, ein höherer Betrag als die veranschlagten acht Millionen bewilligt werden.

+  
+ +

Weihnachtsspenden des Bürgermeisters. Anlässlich der bevorstehenden Weihnachtsfeiertage hat Bürgermeister Reumann aus den ihm zur Verfügung stehenden Notstandsspenden an eine Reihe von Kinderspitälern und humanitären Anstalten 8,300.000 Kronen verteilt. Es erhalten unter anderem das Mautner-Markhof Kinderspital im III. Bezirk, das Leopoldstädter Kinderspital je 600.000 K, das St. Josef-Kinderspital und das Karolinenkinderspital je 500.000 K, das St. Anna Kinderspital und das Brigittaspital je 400.000 K, das Preyer'sche Kinderspital 250.000 K, die Vereinigung In- und Auslandshilfe für tuberkulose Kinder 300.000 K, das Krankenhaus der barmherzigen Brüder 400.000 K, das Haus der Barmherzigkeit 200.000 K, der Verein zur Errichtung eines Volksjugendheimes in Währing 500.000 K, der Verband „Societas“ für die Unterbringung von Kindern im Kinderheim in Kúb, 400.000 K, der Arbeiterverein Kinderfreunde 300.000 K, der Caritas Verband für das Ambulatorium für lungenkranke Kinder 250.000 K, der Verein zur Errichtung und Erhaltung von Heimen für Kriegerwaisen 250.000 K. Ferner erhielten je 200.000 K das Franz-Josef Jugendasyl, die Heimkrippe in Simmering, der Zentralkrippenverein, der Verein „Bereitschaft“, das Jugendheim in Baumgarten und die Lehrlingsfürsorgeaktion, der Verein zur Errichtung von Volksküchen. Je 150.000 K erhielten: die „Lucina“, das erste öffentliche Kinderkrankeninstitut, das Kinderheim Grinzin der Frau Professor Lecher, das Kuratorium zur Erhaltung von Heimen für Kriegerwitwen und verlassene Kinder. Mit je 100.000 K wurden der Landesverband der Kriegsinvaliden, das Settlement und die Jugendhilfe Dr. Fiala besetzt. Schließlich wurden noch einzelne Vereine mit kleineren Beträgen bedacht.

Zwischen Weihnachten und Neujahr werden auch die offiziellen Subventionen der Gemeinde beraten, und zur Beschlußfassung gebracht werden.

-----  
W I E N E R G E M E I N D E R A T.  
W i e n , am 21. Dezember. - Nachmittagsitzung.

In seinem Schlusswort sagt der Referent, dass die Subventionen für Kunstveranstaltungen deswegen nicht in Prozentsätzen am Budget angesetzt wurden, weil mit einem festen Betrag erfahrungsgemäss besser zu arbeiten ist. Für das kommende Jahr sind hierfür 8 Millionen Kronen eingesetzt. Die Auslagen für Heeresangelegenheiten sind Gebühren, die die Gemeinde gesetzlich unter dem im Voranschlag angeführten Titel zu leisten hat. Wenn der Betrag für die Kirchenmusik als zu niedrig bezeichnet wurde, so ist ein Ansuchen um Erhöhung des Betrages nicht eingelangt. Die Bibliothek und die städtischen Sammlungen betreffend hat der Bürgermeister bereits den Auftrag gegeben, dass die von liquidierenden Stellen noch besetzten früheren Räume der Sammlungen diesen wieder zurückgegeben werden. Bezüglich der Elektrifizierung des Stadtbahnverkehrs sind Studien im Zuge, um die Stadtbahngleise mit Strassenbahnwagen befahren zu können. Diese sind nämlich zu schmal gebaut und es bleibt zwischen Wagen und Perron ein 50 bis 60 cm breiter Zwischenraum, der leicht Unfälle herbeiführen könnte. Es ist daher geplant, die Strassenbahnwagen mit umklappbaren Einstiegen zu versehen. Wenn die Versuche gelingen, ist die Befahrung der Stadtbahngleise mit Strassenbahnwagen in Aussicht genommen. Was die Optionen nach dem Brünner Vertrag anlangt, so nützt bei diesen eine Rigorosität nichts, da bei diesen lediglich die zehnjährige Sesshaftigkeit gilt.

Bei der Abstimmung wird die Gruppe einstimmig genehmigt, die gestellten Anträge der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Gruppe III (Wohlfahreinrichtungen).

STR. Prof. Dr. Tandler: Der Finanzreferent dieser Stadt hat zu Anfang der Generaldebatte in ganz ausgezeichnete Weise die traurige Lage unserer finanziellen Verhältnisse auseinandergesetzt und dabei bemerkt, wie schwierig von seinem Standpunkte aus die rationelle Geschäftsführung ist. Ich kann dem von meinem Standpunkte aus nur beipflichten. Verwaltet Stadtrat Breitner gewissermassen das finanzielle Kapital dieser Stadt, so verwalten sich das organische Kapital und ein Blick auf dieses lehrt, dass wir auch hier im Argen sind. Wenn auch manchmal zu Optimismus neigend ein Geburtenüberschuss von wenigen Personen mit Freude begrüsst wird, muss ich doch sagen, dass hierzu keine besondere Ursache gegeben ist. Im abgelaufenen Jahre haben wir im ganzen nur in drei Monaten einen Geburtenüberschuss gehabt und zwar im Juli 2362, August 230 und im November 144, alles übrige war Defizit und Sie sehen daraus, dass wir noch immer eine Stadt sind, die nicht imstande ist, sich aus sich selbst zu reproduzieren. Man mag vielleicht der Meinung sein, dass dies nicht von einschneidender Bedeutung sei, aber es ist ein Symptom, und wenn uns auch in Zukunft die Soldaten fehlen, weil wir den Imperialismus <sup>nicht</sup> entgeltig entsagt haben, können wir vielleicht in der Zukunft der Arbeitskräfte entbehren müssen.

Das Budget umfaßt 5 5 Milliarden, davon 3.700 Millionen auf das Budget der Gemeinde Wien und hierzu kommt im nächsten Jahre das Budget des Landes Wien mit allen jenen Anstalten, die wir nach dem Trennungsgesetz zu übernehmen verpflichtet sind, also 1.4 Milliarde. Vergleichen wir das Budget mit dem des letzten Friedensjahres. Damals betrug es 337 Millionen und davon 33.7 Millionen für das Wohlfahrtsamt, also genau 10 %. Heute geben wir von unserem Budget rund 18 % auf Wohlfahrtsangelegenheiten aus, also nahezu das Doppelte. Ich glaube wir können mit dieser Leistung zufrieden sein. Wenn ich auch nicht sagen will, daß damit wirklich alles geschehen ist, was

eine Stadt von der Bedeutung Wiens zu leisten hätte. Doch auch das Wohlfahrtsbudget hat eine Minimalforderung und eine Maximalforderung. Die Minimalforderung bedingt durch die Bedürfnisse die Maximalforderung durch die materielle Lage des betreffenden Gemeinwesens. Rechnen wir die Beiträge auf den Kopf der Bevölkerung um, dann sehen wir, daß in nächsten Jahre in Wien, eine Bevölkerung von 2 Millionen angenommen, jeder Mensch 750 Kronen pro Jahr zu zahlen hat. Da aber nur etwa ein Drittel der Bevölkerung produktiv arbeitet so entfallen auf den Kopf der erwerbenden Bevölkerung pro Jahr 8.250 Kronen. Eine an sich ganz ungeheure Leistung, die sicher von keiner anderen Stadt erreicht wird. Diese Betrachtung des Budgets ist vielleicht nicht zu einem gewissen Grade erfreulich, als wir sehen können, daß die Bevölkerung von Wien alles Mögliche getan hat, wird aber bewirkt durch den Gedanken, daß nicht alle diese ungeheuren Werte auch wirklich in produktive Leistung umgesetzt werden können. Wir dürfen uns nicht verschließen, daß innerhalb dieser 8,25 Milliarden Ausgaben unproduktiver sind. So kostet die Irrenpflege weit über eine Milliarde, eine Ausgabe, von der wir sagen müssen, daß ihr wenig produktive Kraft innewohnt. Etwas ähnliches gilt von den Fürsorgeanstalten. Wenn Sie bedenken, daß die geschlossene Armenpflege beiläufig wieder eine Milliarde kostet, fallen von den 8,25 Milliarden beiläufig 2 Milliarden weg. Wir haben uns bemüht, das Budget nach allen Regeln der Wirtschaftlichkeit zusammenzustellen und sind dabei auf Faktoren gestoßen, die schwer überwindbar sind. Es leidet nicht nur an der Hinfälligkeit der Zahlen, insoweit diese heute schon vielleicht nicht mehr richtig sind. Weiters daran, daß die Wirtschaftlichkeit in der Wohlfahrtspflege von ganz anderen Dingen regiert wird. Wir haben zu rechnen mit der Mentalität des Volkes, mit der mangelhaften Erziehung und dem geringen Grade von altruistischen Pflichtgefühl, wie es ein Zeichen der Zeit ist. Es gibt eine Unmenge Menschen, die sich aus öffentlichen Mitteln erhalten lassen, obwohl es nicht notwendig wäre. Die Gesundheitspflege erfordert 330 Millionen. Der Zustand unserer Bevölkerung war im vergangenen Jahre nicht schlechter als in früheren Jahren, bedeutend besser als in der Zeit des Krieges. An Infektionskrankheiten haben wir fast nichts zu verzeichnen. Wir danken dies dem ganz ausgezeichneten Apparat, der unserer Stadt zur Verfügung steht, der unter Leitung des Oberphysikus Böhm, tatsächlich in jeder Beziehung ausgezeichnet funktioniert. Wir haben im vergangenen Budgetjahre die Teilung des Landes Wien vom Lande Niederösterreich Rechnung getragen und uns einen eigenen Landes-sanitätsrat geschaffen. Er funktioniert in ausgezeichnete Weise und unterscheidet sich von anderen ähnlichen Körperschaften durch Unmittelbarkeit, Fleiß und profunde Sachkenntnis, die den einzelnen Mitgliedern zu Gebote steht. Ich halte es für meine Pflicht, dem Landes-sanitätsrat der Stadt Wien an dieser Stelle den Dank auszusprechen. Das gesamte Armenwesen kostet 2,1 Milliarden jährlich, davon entfällt 1 Milliarde auf die geschlossene Armenpflege, so-

daß für die offene Armenpflege rund 1 Milliarde bleibt. Die Institution der Fürsorgegerichte hat sich bestens bewährt. Allen diesen Männern und Frauen, die im Ehrendienste der Stadt unermüdlich gewirkt haben gebührt der herzlichste Dank, desgleichen auch den Vorständen der Fürsorgeanstalten in den einzelnen Bezirken. Von der Aenderung im Fürsorgewesen durch den Neuaufbau des Fürsorgegebietes auf Grund der Familien erwarten wir bedeutende Erfolge. Die Wohlfahrtsausschüsse in den einzelnen Bezirken zeigen ganz deutlich das Bestreben der Kooperation zwischen Öffentlicher und Privater Fürsorge, wir sind der Überzeugung, daß diese Institution auch künftighin sich ausgezeichnet bewähren wird. Die geschlossene Fürsorge hat bemerkenswerte Fortschritte zu verzeichnen. Die Quarantäneeinrichtung in Lainz hat in verhältnismäßig kurzer Zeit die dort herrschende Ruhrendemie fast völlig zum Stillstand gebracht. Sie hat sich aber auch in sozialer Erziehung bewährt, es hat sich gezeigt, daß die Art des Betriebes in den einzelnen Fürsorgeanstalten geändert werden muss. Künftighin werden nämlich die einzelnen Pflegekinder statt um 7 Uhr Früh erst am 9 Uhr den Ausgang erhalten. Das soll nicht eine Masseregulierung oder Beschränkung der Freiheit sein, sondern verhindern, daß die Pflegekinder, wie es bisher geschah (draußen irgendwelche Arbeiten verrichten, für die sie schlecht entlohnt werden, wodurch sie unsere Arbeiterschaft konkurrenzieren. Die ganze Methode hat zu einem Ausbeutungssystem unserer Pflegekinder geführt. Jetzt wird das nicht mehr möglich sein. Das Männerheim in der Heldenmannstrasse wurde von der Gemeinde erstanden, dessen Herrichtung 20 Millionen Kronen kosten wird. Es soll einen eigenen Typus des Altersversorgungshauses dadurch darstellen, daß jeder einzelne Pflegekinder über eine eigene Kabine verfügen wird, was für viele Menschen eine bedeutsame Erleichterung sein wird. Durch die Anstalt werden auch 500 neue Plätze geschaffen, was ermöglicht, daß Heim in Mauerbach aufzulösen und die dort befindlichen Pflegekinder nach Wien zu bringen. Es ist das Bestreben der Gemeindeverwaltung alle Pflegekinder der Heimat näher zu bringen. Die Schaffung eines grossen Siechenheimes hat sich ausgezeichnet bewährt und es wird möglich sein, auch diesbezüglich Fortschritte zu machen. Da auch mit diesem Männerheim das Anlangen nicht gefunden werden wird, so wurden Verhandlungen wegen Erwerbung des Barackenspitals in Simmering geführt. Dieses Spital, das seinerzeit dem Militär gedient hat, hat vom Stante aus Gef entlichterhalten. Es hat aber davon keinen Gebrauch gemacht. Es war demnach naheliegend, dieses Spital wenigstens für Sieche und Pflegekinder zu bekommen. Lange Unterhandlungen haben darüber stattgefunden, die soweit gediehen waren, daß nur mehr das Datum der Übernahme gefehlt hat. Während noch am 24. November das Volksgesundheitsamt erklärt hat, das Gebäude und Inventar zum Fundus instruetus des Volksgesundheitsamtes gehörend, hat dieses Amt in letzter Zeit eine

andere Instanz anerkannt: Die allmächtige Sachdemobilisierung. Nun tut man aber an besten der Sachdemobilisierung auszuweichen, da die Gemeindeverwaltung sonst in die Lage gekommen wäre, sich mit dieser Institution wegen der Inventarstöcke nach Jahren zu unterhalten. Allerdings hat das Land Wien auch ein Anrecht auf Sachdemobilisierungsgüter, wenigstens auf so viele als andere Länder, welche an Bevölkerung gegen Wien zurückbleiben.

Auch die übrigen Verhältnisse sind im Laufe der letzten sechs Monate besser geworden und es soll dabei nicht sein Bewenden finden. Mitgeholfen haben dabei die Angestellten der einzelnen Institute, ebenso wie die ausgezeichneten Männer der Zentrale.

Das Jugendamt hat eine vollständige innere Reorganisation erfahren. Seine Leistungen haben in letzter Zeit zugenommen. 27.751 Fälle wurden kontinuierlich behandelt, Tausende von Fällen wurden vorübergehend bearbeitet. Es hat sich auch der Schulfürsorge angenommen und soll die Bindung zwischen Schule und Jugendamt über Schulärzte und Jugendfürsorgefrauen auch zentral durchgeführt werden. Es ist auch beabsichtigt, die Schulzahnkliniken zu übernehmen, was Dank dem Entgegenkommen der betreffenden Ärzte bald möglich sein wird. Es ist auch gelungen die Siebenbrunnengasse zu besetzen und an Stelle von Oberhollabrunn ist St. Andree gesetat worden.

In früherer Zeit war das Jubiläumspital eigentlich die teuerste Heilanstalt Wiens. Dank dem Zusammenwirken der Krätlichen Ersparungskommission mit unseren Organen, ist es das billigste Spital Wiens geworden. Während in den Fondsanstalten ein Pflegekinder per Tag auf 1800 Kronen zu stehen kommt, kostet er bei uns nur 1300 Kronen. Die Ersparnisse gehen aber keineswegs auf Kosten des Wohlbefindens der Patienten, wovon man sich jederzeit überzeugen kann. Dasselbe gilt mehrminder für sämtliche Anstalten der Gemeinde Wien. Wir werden am 1. Jänner 1922 die Landesanstalten übernehmen und uns auch hier bemühen, den Geist der Wirtschaftlichkeit einzuführen. Ich kann nur vermelden, daß hierin kräftiger und gesunder Grundstock von Angestellten besteht, die sich ihrer Verantwortlichkeit bewusst sind.

Durch eine Verschärfung der Revisionen hoffen wir vielfache Missetände in den Apotheken zu beseitigen. Umso mehr, als wir diese Revisionen unvermutet durchführen. Man wird auch den Herrn Apothekern bewahren können, daß in das Gefüge der Stadt Wien eine gewisse Beharrlichkeit im Anstreben von Ordnung eingebracht ist. Ich hoffe, daß die Apotheker selbst jene Elemente aus ihrer Mitte auszuschliessen trachten werden, denen sie eine weitgehende Geförderung ihres Ansehens zuschreiben haben. Ähnliche Abhilfe kann allerdings nur ein vernünftiges Apothekergesetz bringen.

Die Tuberkulosensterblichkeit hat sich im letzten Jahre verringert. Es wäre aber ein Fehlschluss, daraus auf eine absolute Besserung zu folgern. Infolge des Krieges und der Kriegsfolgen sind eben viele Menschen, die tuberkulös waren, vorzeitig hinweggerafft worden. Die

Zahl der Tuberkuloseerkrankungen hat sich nicht vermindert, sie wird wieder steigen, wenn die bösen Folgen der Unterernährung unserer Jugend sich äußern werden. Zur Bekämpfung der Tuberkulose gibt die Stadt Wien jährlich 91 Millionen Kronen aus, ein unverhältnismäßig kleiner Betrag gegenüber den tatsächlichen Anforderungen, aber eine große Summe gegenüber den Leistungen des Staates, der für diesen Zweck nur insgesamt 64 Millionen aufwendet.

Die letzte Erörterung bezieht sich auf die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten spielt mit in die ganze Frage der Ehe und es ist Ihnen ja bekannt, daß vor einiger Zeit durch die Öffentlichkeit mit mehr oder minder getretlichen Soherzworten verurteilt, die Tatsache gegangen ist, daß sich der Landes-sanitätsrat mit der Frage der Ehekonsens beschäftigte. Ich will Ihnen sagen, wie ich darüber denke. Ich bin nicht der Meinung, daß man eine Zwangsehekonsens durchführen kann, aber wenn es Menschen gibt die die ganze Sache deshalb schon verdammten, weil sie sagen, wenn wir hier in Wien eine solche Ehekonsens einführen würden, würden sich die Eheandidaten in Mödling traun lassen, so beweist das nicht mehr, als eine ganz merkwürdige Form der Kurzsichtigkeit, denn jeder Kritiker hätte sich sagen müssen, daß wir voraussetzen, daß das nicht eine Landes- sondern eine Bundesangelegenheit sein muss. Ich glaube nicht an eine wirkliche Ehekonsens, dass niemand ohne die erteilte Konsens heiraten dürfe, ich weiss auch sehr wohl und bin soweit sexuell aufgeklärt, dass auch Kinder ausserhalb des Ehebettes gezeugt werden. Man hat mir auch dieses für ein Abgerocktsein von der Welt und Menschheit imputiert. In der Undurenfahrbarkeit liegt ja der wunde Punkt jeder Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Dass das Verantwortlichkeitsgefühl bei der Bevölkerung so gering ist, das spricht sich aus in der Gesetzgebung und in der Art wie wir Gesetze auslegen. Wenn sich jemand eine Waffe kauft, braucht er dazu einen Waffenpass, wenn heute ein Mensch mit Syphilis behaftet herumgeht und eine große Zahl anderer Menschen gefährdet, braucht er dafür keinen Syphilispass. Im Gegenteil, im gebührt meistens noch die Anerkennung, er ist das, was man einen fieschen Kerl in Wien nennt. Unendlich mehr gefährlicher als eine Schusswaffe, ist ein Mensch, der im Besitze einer Geschlechtskrankheit ist. Dann wundert man sich, wenn ich immer wieder die Zwangsbehandlung verlange, weil ich der Meinung bin, dass die Allgemeinheit ein Recht habe, sich diese Dinge zu kümmern. Wer sich über diese Dinge unterrichten will, der sehe doch einmal die Schaar unglücklicher Kinder, die in verschiedenen Anstalten ein menschenunwürdiges Dasein führen, Früchte der Geschlechtskrankheit und des Alkoholismus zuzugeben, die diese Kinder kosten, deshalb, weil der Vater oder Mutter Kinder in einem kranken Zustande zeugen, von dem sie sich hätten helfen lassen können. Ich bin nicht der Meinung, dass die Ehekonsens obligatorisch, aber dass sie fakultativ eingeführt werden. Ich bin der Mei-

nung, dass viele Hundert Mädchen und Männer in Wien sind, die die Ehe noch nicht nehmen und kann mir vorstellen, dass diese sich sagen werden, da eine solche Anstalt existiert, in welcher ich mich überzeugen kann, ob ich berechtigt bin, Nachkommenschaft zu zeugen, dass sie dorthin gehen werden, um sich zu erkundigen.

Wir haben ein Anrecht darauf, die Zukunft der Nachkommen sicherzustellen. Denn die heutige Jugendpflege durch Gewährung von Schuhen und Kleidern genügt nicht. Wenn wir aber diese Pflicht auf uns nehmen, dann haben wir auch die Berechtigung, die Eltern zu kontrollieren.

Der Referent versichert, daß im letzten Jahre vieles besser geworden ist und daß sich die Gemeindeverwaltung allerdings nicht der Meinung hingibt, alles gut gemacht zu haben, aber doch nach bestem Wissen gehandelt zu haben. (Lebhafter Beifall)

GR. Huber (Chr. Soz.) bemängelt, daß die nach St. Andrá zur Praxis einberufenen Lehramtskandidaten neben der Kost und Wohnung 500 Kronen für einen Monat Praxis bekommen, daß ihnen aber auch dieser Betrag nicht sofort ausgezahlt wird, sondern ihnen nach einiger Zeit einmal durch die Post zugeht. Es sei auch nicht zu rechtfertigen, daß man diesen Kandidaten, die mit dem Versprechen auf Anstellung im Jugendamt zur Praxis einberufen, entläßt mit der Versicherung, daß sie nach Tunlichkeit einmal angestellt werden. Redner spricht sich für die genügende Beistellung von Rohmaterialien für die von den Zöglingen zu leistenden Arbeiten aus.

VB. Hoss erklärt, dass trotz des Aufwandes von einer Milliarde für die geschlossene Armenpflege ein grosser Teil der Verpfleglinge sich infolge der Ueberfüllung der Anstalten in ungünstiger Lage befindet. Der Zudrang zu den Versorgungshäusern sei aber hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Einrichtungen der offenen Armenpflege nicht zweckmässig sind und die gewährten Unterstützungen bis zur Höchstgrenze von 700 Kronen monatlich zum Lebensunterhalt ungenügend sind. Der Redner zieht einen Vergleich zwischen den Wirtschaftsverhältnissen des Jahres 1913 und jetzt und er bemerkt, dass ein Pfründner für 6 K, die er damals erhielt, die allernotwendigsten Nahrungsmittel anschaffen konnte, während er jetzt für die ihm gewährten 60 K nichts erhält. Aus diesen Gründen beantragt Redner die Erhöhung der abgestuften einzelnen Beträge auf das Zehnfache und die Unterstützung per 700 Kronen auf 5000 K monatlich zu erhöhen.

Frau GR. Pölzer (Soz.-Dem.) betont den Umstand, dass in der geschlossenen Armenpflege der Zustrom immer grösser werde, während im Asyl- und Werkhause die Zahl der Pfléglinge geringer werde. Während im Jahre 1914 noch eine durchschnittliche Tagesaufnahme von 329 Personen im Asyl erfolgte, beträgt diese heute nur mehr 119. Dafür finden aber jetzt vorübergehend Familien, die zwar Arbeit haben, aber obdachlos sind, dort Aufnahme. So haben in der letzten Zeit 6 Arbeiterfamilien mit je 10 Kindern durch 14 Tage wenigstens ein Obdach gefunden. Auch für manche ledige Arbeiter, die jetzt als Bettgeher keine Unterkunft mehr finden können, weil die wenigsten Leute, die früher Bettgeher hielten, jetzt das notwendige Bettgewand nicht beistellen können, ist das Asyl wenigstens vorübergehend ein Notbehelf geworden, indem sie dort gegen Bezahlung eines Pauschales Unterkunft finden. Wir wollen hoffen, dass wir in der Lage sein werden, Heime für solche Ledige zu bauen oder zu schaffen, um ihnen ein Obdach bieten zu können. Der Verwalter des Asyls bemüht sich ausserdem den ganz jugendlichen Personen, und es sind darunter Burschen von 14 bis 16 Jahren, die von der Polizei aufgegriffen werden, Stellen bei Meistern zu verschaffen und hat damit schon ganz schöne Erfolge zu verzeichnen. Es sind neuer 60 sol-

cher Burschen in die Lehre gebracht und dort auch erhalten worden und das gibt uns die Zuversicht, dass diese unglücklichen Menschen, die irgendwie Schiffbruch erlitten haben, auf dem Wege der Arbeit einer besseren Zukunft zugeführt werden können.

GRin Kurzbaumer (Chr.-Soz.) fragt, was mit dem von ihr im Einvernehmen mit der Magistratsabteilung VII verfaßten Type der Fürsorgeblätter geschehen sei und stellt den Antrag, daß wenigstens 25 % der Wohlfahrtssteuer der privaten Fürsorge zugute kommen. Sie spricht schließlich den Wunsch aus, daß man von Wohltätigkeitsveranstaltungen keine Abgabe verlange.

GR. Roth (Chr.-Soz.) unterstützt die Anträge des VB. Hoss und spricht den Wunsch aus, daß diejenigen Armen, die sich nicht in geschlossener Armenpflege befinden, mit höheren Beträgen beteile als bisher, um sie vor dem Hungertode zu beschützen.

GR. Buchar (Tscheche) beschwert sich über die Zurücksetzung und Benachteiligung der Tschechen in den Wohlfahrtsanstalten.

GRin. Dr. Motzko (Chr. Soz.) zählt viele Aufgaben auf, die auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens noch der Erfüllung harren und die durch die ungesunde Erspargungspolitik der Mehrheit vernachlässigt werden. Alle Zuwendungen für die Armenkinderfürsorge, für Schulzahnkliniken seien unzureichend und für die Tuberkulosefürsorge stelle die Gemeinde auch nur ungenügende Mittel bei. Für Hinterbliebenen- und Krüppelfürsorge werde gar nichts geleistet. In der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten begnüge man sich einfach mit einer Konstatierung an diesem Problem vorbeizugehen.

In Ihrer Partei, ruft die Radnerin aus, gibt es einige sittlich-hochstehende Persönlichkeiten, denen ich meine Achtung nicht versagen darf. Aber der ganze Geist Ihres Systems ist eine Absage an strenges sittliches Empfinden und strenge Autorität, ein Geist, der zur Desorganisation führt und führen muss.

Solange die Mehrheit Mittel für ein Krematorium brauche, werde sie allerdings für Wohlfahrtseinrichtungen kein Geld haben. Nur dann, wenn die Stadt Wien für Wohlfahrtszwecke reichliche Mittel aufbringe, werde sie nicht nur in der Not eine führende Stelle einnehmen, sondern auch auf dem Gebiete des Fürsorgewesens vorbildlich sein.

GR. Dr. Grün (Soz.-Dem.) verlangt die Gründung des Vereines der Wiener Rettungsgesellschaft, da es nicht mehr angehe, daß diese für die die Bevölkerung von Wien so viel getan hat, von einem sogenannten Aktionskomitee geleitet wird.

GR. Dr. Plaschkes (Jüd. Nat.) dankt für die Regelung der Angelegenheiten der jüdischen Insassen in Lainz. Er führt weiter Beschwerde darüber, daß der Verein jüdischer Kinderfreunde, der in der Wilhelmskaserne untergebracht war, von dort, angeblich wegen militärischer Notwendigkeiten, ausziehen mußte, jetzt in einem Gasthaus im Prater untergebracht ist, das er aber auch mit 15. Jänner räumen muß. Wenn es nicht möglich sei, dem Verein ein Lokal zu verschaffen, so solle man ihm ein Grundstück aus dem Fond der Hofgüter zur Errichtung einer Baracke verschaffen. Weiter führt Redner Beschwerde, daß es nicht möglich sei, dem Verein die notwendigen Spielplätze zu erwirken. Die jüdische Volksküche gebe der Gemeinde Wien täglich 60 Speisemarken zu 3 50 K, wofür sie eine Subvention von 500 K jährlich bekomme. Diese Frage müsse geregelt werden. Durch einen Fehler der Bureauleitung ist die Kündigung des Lokales der Milchtrinkhalle für 3000 Kinder und der Ausspeisehalle für 1000 Personen „Anitta Müller“ gekündigt worden und nur durch Interventionen wurde zwei Jahre lang die Delogierung verhindert. Auch diese Frage müsse geregelt werden.

GRin. Seidl (Soz-Dem.) Ehe ich auf das Sachliche eingehe, halte ich es für notwendig, die Äußerungen der geschätzten Vorrednerin zurückzuweisen. Ich glaube, der Ueberzeugung sein zu dürfen, daß ich zu den wenigen Bevorzugten, sittlich hochstehenden Persönlichkeiten gehöre, von denen die Frau Vorrednerin gesprochen hat. Und darf daher wohl sagen, daß es sehr gut wäre, wenn sie manche ihrer Ausführungen in einem etwas weniger anmaßenden und überhebenden Tone vorgebracht hätte. Wenn wir wirklich eine Partei der Desorganisation wären, weiß ich nicht, ob wir überhaupt noch in diesem Saale sitzen, ob es zu einer Zeit, wo niemand in Oesterreich es gewagt hat, mit den zurückströmenden Massen anzubinden, wo niemand anderer Einfluß auf die Massen gehabt hat als wir, es einer anderen Partei als der unseren gelungen wäre, die Ordnung in diesem Staate wirklich aufrecht zu erhalten. Ich möchte darauf verweisen, daß, als am 1. Dezember d.J. einige Tausend von Menschen ihrer Meinung in etwas handgreiflicher Weise Luft gemacht haben, wieder wir diejenigen waren, die den Massen gesagt haben, daß die Argumente, die sie angewendet haben, fruchtlos sind und daß man, um zur Ordnung und Ruhe zu gelangen, andere Mittel und Wege anwenden muß. Wir können mit ruhigem Stolze sagen, daß es nur jene Mittel und Wege sind, die wir gezeigt haben und die Ihre Partei in der Regierung jetzt langsam und zögernd zu beschreiten beginnt und daß der Finanzminister eines dieser Mittel, das er noch vor einigen Wochen als unannehmbar bezeichnete, nämlich die Anmeldung der Valuten und Devisen, eine Idee der Sozialdemokraten, zur Anwendung bringen will. Wenn wir eine Partei der Desorganisation wären, könnte es uns gleichgültig sein, wie es in diesem Staate aussieht. Wir bemühen uns aber, wenn wir auch fürchten müssen, vom unserem Prestige einzubüßen, durchzuführen, was wir nicht nur im Interesse der Massen sondern auch des Staates für notwendig erachten. Die Frau Vorrednerin hat auch davon gesprochen, daß es notwendig ist, den Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten zu führen und die Prostitution einzudämmen. Ich muß sagen, daß wir das auch wollen. Das, was heute so bekämpfenswert erscheint, das sind alles Blüten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die Sie erhalten wollen um jeden Preis und die wir bekämpfen, weil wir wissen, solange diese kapitalistische Ordnung, die Sie auch die göttliche nennen, besteht, manche dieser Folgeerscheinungen/verschwinden werden. Wenn davon gesprochen wurde, sagte Rednerin, es sei die notwendige Vorsorge prophylaxis zu treffen, so könne man aus den Ziffern ersehen, daß die Gemeinde Wien viel mehr zur Bekämpfung der Tuberkulose aufwendet, als der Bund. Man könne mit Stolz auf die bisherigen Leistungen auf diesen Gebieten hinweisen. Und es wäre nur zu wünschen, daß das System, das die Gemeinde in ihren Wohlfahrtsanstalten eingeführt habe, auch in den Anstalten des Krankenfonds zur Durchführung kämen. Wir nehmen für uns, schließt Rednerin, das Verdienst in Anspruch, die Verwaltung besser zu verstehen als Sie.

GR. Fiala (Tscheche) beantragt, dass den Arbeiterturnvereinen die Bezahlung für die Benützung der Turnsäle erlassen werde.

GR. Dr. Hagg (chr. soz.) spricht sich für die Erhaltung der Tuberkulosenfürsorgestelle des Zweigvereines vom Roten Kreuz auf der Landstrasse aus. Er bemängelt, dass über San Pelagio kein Wort im Budget zu finden ist. Es wäre angezeigt, trotz aller Schwierigkeiten zu versuchen, Wiener Kinder dort unterzubringen. Dies könne vielleicht auf die Art gemacht werden, wie die Kinderzüge ins Ausland veranstaltet werden, oder man könnte durch Einführung eines Zahlstockes, wie er schon früher bestanden hat, dafür sorgen, dass aus den Einkünften des Zahlstockes die armen Kinder in San Pelagio untergebracht werden können.

GR. Schleifer (Soz. Dem.) bespricht die Misstände in den Apotheken. In der Taxierung herrsche völlige Anarchie., ein und dasselbe Medikament werde in verschiedenen Apotheken zu verschiedenen Preisen berechnet. Viele verabreichte Heilmittel erweisen sich als wirkungslos, weil häufig nur die halbe Menge dessen gegeben werde, was der Arzt vorschreibt, dagegen werde aber die volle Taxe eingefordert. Beschwerden von Patienten und Aerzten betreffend die Qualität der verabreichten Salben, die vielfach nicht heilen, sondern gesundheitsschädlich wirken, und, wie es bei verabreichten Vaseline geschieht schmerzhaftes Ekzeme hervorrufen. Den Patienten werden an Stelle der von den Aerzten verordneten Medikamente wertlose teure Spezialitäten eingeredet, die Packungen von an sich billigeren Medikamenten seien überflüssig kostspielig. Sonstige ein Patient für ein Paket Alaun 60 K zahlen, wovon die Schachtel allein mit 45 F berechnet wurde. Von den Apothekern wurde auch eine heftige Agitation gegen die Heilmittelstelle eingeleitet, weil sie verlässliche und dabei wesentlich billigere Medikamente in den Verkehr bringt. Ein Misstand sei auch der vorzeitige Ladenschluss der Apotheken, der aus der Zeit der Beleuchtungsparmassnahmen beibehalten worden ist. Die Apotheken sperren schon um sieben Uhr und lassen sich für jede Verabreichung nach dieser Stunde die teure Nachttaxe zahlen. Die Gemeinde möge kurzen Prozess machen und in jedem Gemeindebezirk selbst Apotheken errichten, damit die Bevölkerung vor Auswurf geschützt werde. Redner ersucht den Referenten die vorgebrachten Beschwerden zu prüfen und energisch einzuschreiten.

GR. May (Chr-Soz) wünscht, dass man bei der Aufnahme armer Leute in das Wohlthätigkeitshaus in Baden nicht zu rigoros vorgehe.

GR. Feldmann (Deutsch-Nat.) sagt, daß die Ansicht der über Aerzte/die Heilerfolge in St. Pelagio geteilt sei, weshalb es zweckmäßig wäre, Vorsorge zu treffen, einen Ersatz für Pelagio zu schaffen der den Heilerfolgen dort entspreche.

GRin. Gärtner (Chr-Soz) kritisiert, daß noch immer Beiträge für Waisen und Pflegekinder von 20 bis 30 Kronen monatlich gezahlt werden. Weiters hat das Jugendamt anzuweisen, dem Anstalten, die Kinder zur Unterbringung bekommen, die entsprechenden Geldbeträge termingemäß anzuweisen. Notwendig sei es auch, die bedürftigsten Kinder mit Schuhen und Kleidern zu betheilen.

St. R. Dr. Tandler führt in seinen Schlußworten aus; Wenn ich auf alle Klagen und Beschwerden gegen das Budget meiner Gruppe keine bindende Antwort geben kann, so hängt dies mit von mir allein ab, da ich eben darin materiell beschränkt bin. Ich habe mich ja des Öfteren darüber ausgesprochen, daß wir noch immer sehr viele Menschen unterstützen, welche dessen nicht bedürftig sind und daß wir viel mehr Gelder für Würdigere verwenden könnten, wenn nicht die Unwürdigen sich regelmäßig an der Umrandung der betreffenden Schlüssel breit machen würden. Ich habe bereits ausgeführt, daß dieses Budget ein im höchsten Grade fluktuierendes ist und daß die Zahlen desselben schon heute bei weitem an Wahrheit und Stichhaltigkeit verloren haben. Damit rechnen wir ja alle in diesem Staate. Wenn die eine oder andere Ziffer als zu niedrig beanständet wurde, muß ich sagen, daß sie auch zu beanständigend ist und daß uns nichts anderes übrig bleibt als dorthin die Zuflucht zu nehmen, wohin Alles in diesem Staate flüchtet, zu den Nachtragskrediten. Als Beispiel will ich nur eine Post anführen: Wir haben 12 Millionen zur Errichtung eines Küchenhilfsgebäudes in Lainz in Rechnung gestellt. Die Berechnungen erfolgten vor einem Monat und gestern kamen die Ingenieure, welche den Vorschlag ausarbeiteten, und jetzt mit dem Bau beginnen sollen und zeigten mir, daß dieser Bau nicht unter 32 Millionen ausgeführt werden kann. Ich könnte also, so paradox es ist, zugleich mit dem Budget einen Nachtragskredit einbringen.



Auf eine Äußerung des GR. Huber wegen zu geringer Bezahlung der Lehrkräfte in der Fürsorgeanstalt in St. Andrae bemerkt der Referent, es handle sich hier um beschäftigungslose Lehramtskandidaten, die sich durch die <sup>in</sup> Beschäftigung/der Fürsorgeanstalt sozusagen ihre Qualifikation verbessern. Es handle sich also um ein Benefizium. Diese Kräfte werden auch nicht einberufen, sondern sie melden sich freiwillig und erhalten neben gänzlicher Verpflegung noch 500 K Taschengeld. Man könne also höchstens sagen, daß dieses Taschengeld zu klein sei. Es sei aber bereits vorgesehen, daß es <sup>auf</sup> das Vierfache erhöht werde. Es sei wohl richtig, daß die Werkstätten in dieser Anstalt noch nicht hinlänglich ausgebaut seien, dies habe aber seinen Grund darin, weil man im ganzen Jahre 1921 mit der Erwerbung von Eggenburg gerechnet habe. Deshalb wurde auf diese Werkstätten nicht mehr verwendet, als unbedingt notwendig war. Die vom VB. Hoss behauptete Ueberfüllung der Versorgungshäuser entspreche nicht den Tatsachen, denn in Lainz befinden sich gegenwärtig bei einem Belagraum von 5349 Betten, 5319 Pfleglinge, im Bürgerversorgungshause bei 809 Betten faktischem Belag 700 Pfleglinge. Die Gesundheitsverhältnisse haben sich ganz bedeutend gebessert, denn die Zahl der Sterbefälle betrug 1920 3306 Personen und beträgt jetzt 2039. Es ist auch nicht richtig, daß die Gemeinde Wien, diese armen, alten Leute verhungern lasse, denn sie werden ausreichend verköstigt. Man solle sich in dieser Frage frei von jeder Demagogie halten.

Der Referent entgegnet sodann auf verschiedene polemische Bemerkungen der GRin. Dr. Motzko und betont, daß für Wohlfahrtsachen das im Rahmen des Budgets möglichste geleistet wurde. Wenn für die Anstalt San Pelagio keine budgetäre Post eingestellt erscheine, so besteht doch trotzdem die Absicht das Hospiz zu halten und Kinder hinzuschicken, nur sei es eben heute bei dem schwankenden Kursverhältnissen unmöglich auch nur annähernd die Kosten des Aufenthaltes zu berechnen. Die Krüppelfürsorge betreffend wird gesehen, was mit den gegebenen Mitteln möglich ist. Die jetzige Form der Rettungsgesellschaft passt in unsere moderne Zeit nicht mehr hinein. Damit soll nichts gegen die Rettungsgesellschaft gesagt werden. Es muß aber Gewicht darauf gelegt werden, daß dort jener Geist der Demokratie und Verwaltung einziehe, der auch sonst in den Institutionen in Wien besteht. Es ist unmöglich, daß man für die Rettungsgesellschaft Geld sammeln läßt, aber alle Nichtarbeiter von ihr ausgeschlossen sind. Es wird den Herren der Rettungsgesellschaft nichts übrig bleiben, als daß sie die kühnen Höhen dieser Verfassung verlassen und in das Parkett der Demokratie herunterbegehen. Es wurde der Gesellschaft mitgeteilt, daß die Zeit kommen wird, wo sich die Rettungsgesellschaft konstituieren muß. Ich habe mich bemüht, die Dinge vom Standpunkt der Wohlfahrtspflege allein zu betrachten. Frau GR. Motzko hat nun in die Sache eine persönliche politische Note hineingetragen. Ich habe von dem Pflichtgefühl und Verantwortungsgefühl der Bevölkerung als den wichtigsten Faktoren der Gesundung gesprochen. Damit hat die politische Anschauung und die Weltanschauung des Einzelnen nichts zu tun. Wenn uns die Rednerin eine mindere Fähigkeit für die Betätigung des Verantwortlichkeitsgefühles zumutet, so ist das vielleicht ein Ausfluß ihrer eigenen Weltanschauung, kann uns aber nicht treffen. Die Weltanschauung Frau GR. Motzko ist begründet in einer Organisationsform, die Jahrtausende alt ist, unsere ist noch jünger. Das wir uns dort, wo wir zu helfen haben, über Weltanschauungen einigen sollten, ist unmöglich. Über allen Streitigkeiten der Weltanschauung und des Parteialtages muß der eiserner Wille stehen, den Menschen zu helfen, die unserer Stadt angehören, gleichgiltig welcher Weltanschauung sie sind. In diesem

Budget sollen, die welche helfen wollen, denen, welchen geholfen werden soll, versprechen, daß sie es tun wollen und ich kann nichts anderes tun, als ein verantwortungsvoller Mensch tun muß: arbeiten und wirtschaften ( Lebhafter Beifall ).

GR. Kunschak (Chr. Soz.) berichtet tatsächlich, daß für die Leistung der Naturalkosten in den Spitälern der Stadt Wien 2400 K gegen 41 K in den Bundesospitälern zu entrichten ist und daß sich dieser Unterschied daraus ergeben hat, daß die Bundesanstalten mit ihren Angestellten einen Kollektivvertrag mit diesen geringfügigen Beträgen unter Streikandrohen abschließen mußten.

Bei der Abstimmung wird die Gruppe einstimmig angenommen, die Abänderungsanträge werden abgelehnt.

GR. Grünwald (Soz. Dem.): Zu den wichtigsten Agenden der Gruppe IV gehört die Bewirtschaftung des Wohnungswesens. Seit der letzten Budgetdebatte haben sich die Verhältnisse noch wesentlich verschärft. Wenn wir damals zu beklagen hatten, daß der Bedarf an Wohnungen größer ist als das Angebot, so trifft diese Klage heute noch viel mehr zu. Die Ursachen sind klar zu Tage liegend und vor allem darin zu suchen, daß die Herstellung neuer Wohnungen immer schwieriger wird und schon fast zur Unmöglichkeit geworden ist. Hierzu kommt noch eine Reihe weiterer Umstände. Zunächst, daß wir das zur planmäßigen Bewirtschaftung des Wohnungsraumes zur Verfügung stehende Reservoir immer mehr ausschöpfen. Die Zahl jener Räume, die noch erfassbar ist, wird immer geringer. Weiters zeigt es sich, daß die Spannung zwischen dem Einkommen des größten Teiles der Bevölkerung unserer Stadt und den Mietzinsen immer größer wird. Infolge der Geldentwertung wird das Einkommen zahlenmäßig immer größer, die Mietzinse erfahren aber nicht eine Steigerung im gleichen Umfange. Dafür sind gesetzliche Vorschriften maßgebend, bei deren Verfassung man auf die Geldentwertung nicht denken konnte. Daraus erklärt es sich, daß der Bruchteil des Einkommens, der für den Mietzinsaufwendung findet, immer kleiner und dadurch das Bestreben nach größeren Wohnungen immer lebhafter wird. Dies soll nicht bemängelt, sondern nur konstatiert werden, denn dieser Umstand trägt zur Förderung der Wohnungskultur bei. Es muß unsere Aufgabe sein, diesen Schwierigkeiten bestmöglich entgegenzutreten, um eine Besserung und Regelung herbeizuführen. Dies ist nach zwei Richtungen möglich. Vor allem durch die Herstellung von Wohnungen, durch die öffentlichen, vor allem durch die kommunalen Körperschaften.

Die Gemeinde müsse angesichts der Verhältnisse nach neuen Mitteln suchen um Wohnungen herzustellen. Zu diesem Zwecke soll die Wohnbausteuer eingeführt werden. Sie wird wohl nicht den Wohnbedarf decken können, aber immerhin die Wohnungsnot und das aus ihr sich ergebende Elend lindern, sodaß wir nach einer Reihe von Jahren hoffen können, zu halbwegs normalen Verhältnissen zu gelangen. Ich wage die Behauptung, daß das Wohnungselend vor dem Kriege dem heutigen Wohnungselend in nichts nachgestanden ist, es vielleicht sogar übertroffen hat. Damals gehörten Fälle von Obdachlosigkeit zu den alltäglichen Erscheinungen, während es uns heute doch gelingt zu verhindern, daß kinderreiche Familien obdachlos werden und bleiben. Die Anforderungsverordnung war nicht ganz erfolglos, das mögen folgende Zahlen erweisen: Während des ganzen Jahres 1920 wurden 8343 Wohnungen angefordert, hiervon konnten 3056 faktisch zugewiesen werden. Während der ersten zehn Monate dieses Jahres sind 8817 Wohnungen angefordert und 4744 rechtskräftig zugewiesen worden. Die Zahl der rechtskräftig angeforderten Wohnungen hat sich also vermehrt. Ein verhältnismäßig trauriges Kapitel betrifft die amtlichen Räumungen.

Ich will hier offen erklären, daß ich kein Freund der zwangsweisen Entfernungen bin. Festzustellen ist jedoch, daß die Zahl der amtlichen Räumungen im vergangenen Jahre 160 betrug, im laufenden Jahre hingegen bisher 420, sodaß sich die Zahl nahezu verdreifacht hat. Wenn gesagt wird, daß wir bei der Räumung der Flüchtlingswohnungen sehr säumig waren, so ist es nicht richtig. Im Jahre 1920 wurden 53 Flüchtlingswohnungen geräumt, in den ersten zehn Monaten d. J. 63. Von der Tätigkeit der Mietämter ist zu sagen: Im Jahre 1920 wurden über Mietzinssteigerungen in 87.000 Wohnungen, in den ersten drei Vierteln dieses Jahres Entscheidungen über Zinssteigerungen in 165.000 Wohnungen getroffen. In einem Drittel sämtlicher Wohnungen wurde der Mietzins gesteigert. Im ersten Halbjahr d. J. wurde der Mietzins um rund 75% des Mietzinses von 1917, im dritten Quartal ungefähr um 120% erhöht. Dies kann als Beweis gelten, daß die Reden von der hausherrnfeindlichen Stimmung der Mietämter nicht zutreffen. In erstem Halbjahr d. J. wurden 116.424 Entscheidungen gefällt, wovon 1954 als <sup>un</sup>zulässige Steigerungen, 68.900 als teilweise zulässig und 45.500 als vollständig zulässig erklärt. Von 48.400 Entscheidungen im dritten Quartal waren 1250 Steigerungen unzulässig, 24.500 zulässig und 22.600 teilweise zulässig. Man kann sich aber der Tatsache nicht verschließen, daß die gegenwärtige Art der Zuweisung von Wohnungen und die Behandlung des Wohnungswesens nicht mehr den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechend, erfolgt. Es wird daher ein neues Zuweisungsverfahren ausgearbeitet, das in allernächster Zeit in Wirksamkeit treten soll.

Vom Kleingartenwesen kann gesagt werden, daß es ein <sup>Werkzeug</sup> ist, dessen Führung allgemein Befriedigung findet.

Dem Arbeiterfürsorgeamt wird in Bälde das Berufsberatungsamt, das gemeinsam mit der Kammer für Arbeiter und Angestellte errichtet wird, angegliedert werden. Die praktische Tätigkeit wird die Gemeinde haben, die theoretische die Kammer.

Durch Gesetz der Nationalversammlung wird die Hausgehilfinnenkrankenversicherung sowie die der industriellen Arbeiterschaft vom 1. Jänner an eingeführt. Die jetzt bestehende Hausgehilfenkrankenkassa wird dadurch überflüssig und es finden Beratungen über die weitere Tätigkeit dieser Stelle statt.

Im abgelaufenen Jahre wurden mit Hilfe des Wohn- und Siedlungsfonds 315 Wohnungen errichtet, 369 Wohnungen befinden sich in Bau und im Frühjahr sollen 457 Wohnungen fertiggestellt werden und ebenso 141 Wohnungen von Wohnungsgenossenschaften. Der Wohn- und Siedlungsfond wurde mit 1 Milliarde Kronen verteilt auf 50 Jahresraten, geschaffen. Durch die Equivalentbeiträge von den Wohnungsanforderungen dürfte die diesjährige Rate des Wohnungsfondes von 50 Millionen Kronen auf 250 Millionen erhöht werden. Festgestellt muß werden, daß die Equivalentbeiträge von angeforderten Wohnungen nur dann verlangt werden, wenn es sich um überzählige Wohnungen handelt, die nicht zweckmäßig sind und andere herzustellen zweckmäßig ist.

Es ist sehr leicht auf dem Gebiete des Wohnungswesens Sozialismus oder Kommunismus zu verlangen. Es ist aber derjenige ein volkswirtschaftlicher Ignorant, der meint, man könne die kapitalistische Wirtschaft auf allen Gebieten fortführen, und nur auf dem Gebiete des Wohnungswesens den Sozialismus oder Kommunismus haben.

GR. Ullreich (Chr-Soz) beschäftigt sich in ausführlicher Weise mit der Wohnungsfrage und sagt auf diesem Gebiete, wie auch der Referent festgestellt hat, was Praktisches nur in bescheidenem Umfange geleistet wurde, die Gemeinde habe sich im allgemeinen nur auf eine verwaltende Tätigkeit beschränkt. Auf dem Gebiete des Mieterschutzes sei leider der sachliche Standpunkt verlassen worden. Die Vorlage der Regierung sehe eine Erhöhung des Mietzinses auf das Vierfache des von Jahre 1914 vor. In dem Entwürfe der Arbeiterkammer werde diese Erhöhung als zu hoch bezeichnet. Dies könne man nicht ernst nehmen, denn Fachleute erklären, daß auf Grund der Betriebskosten eine 600%ige Erhöhung notwendig sei. Die Frage der Wohnbausteuer habe durch den Referenten eine neue Variation erhalten, da dieser erklärte, daß aus ihr nicht die Reparaturen der bestehenden Häuser vorgenommen, sondern neue Häuser gebaut werden sollen. Die Veranlagung der Reparaturen durch die Gemeinde würde für die Mieter ein günstigeres Verhältnis schaffen. Redner wünscht, daß dem Stadtrat von der Gemeinde größere Beträge als bisher zugewiesen werden.

Zum Schlusse stellt Redner den Antrag, daß die Hälfte der Mietaufwandsteuer, der Untermietabgabe und das Erträgnis der Ablösungsverträge zu einem Fond vereinigt werden, dessen Zweck es sein soll, für die Gewährung von Hypothekarkredit an gemeinnützige Siedlungsgenossenschaften eine größere Summe Geldes bereit zu halten.

Der Vorsitzende VB. Hoß unterbricht sodann die Verhandlungen bis morgen 10 Uhr vormittags und schließt die Sitzung.